Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Arbeit (21. Ausschuß)

über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes

— Umdruck 548, Drucksachen IV/2608, IV/2649, IV/3028 —

Berichterstatter:

Abgeordneter Dr. Dörinkel

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

unverzüglich mit den Ländern Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen aufzunehmen, das die Ausbildungsförderung aus öffentlichen Mitteln für alle jungen Menschen einheitlich regelt.

Das Verwaltungsabkommen soll die Voraussetzungen für gezielte und ausreichende Förderungsmaßnahmen für alle Formen der Ausbildung schaffen und die Finanzierung durch Bund und Länder sicherstellen.

Bonn, den 23. April 1965

Der Ausschuß für Arbeit

ScheppmannDr. DörinkelVorsitzenderBerichterstatter